



05.11.2010

Herrn
Oberbürgermeister
Christian Ude
Rathaus

Sofort	über Reg.
Direktorium Büro des Oberbürgermeisters	
05. NOV. 2010	
an D-II / V 1	
AZ: 0331-1-0003	

**Für eine mitarbeiterfreundliche Stadtverwaltung:
Übernahme bestehender Versorgungsverträge**

Antrag Nr. 1948

Die Landeshauptstadt München übernimmt bei der Anstellung von Arbeitnehmern die bereits von vorherigen Arbeitgebern bestehenden Verträge zur betrieblichen Altersvorsorge in Form der Entgeltumwandlung und führt diese fort.

Begründung:

Im Rahmen der Altersvorsorge bieten zahlreiche Arbeitgeber, darunter auch die Landeshauptstadt München (LHM), ihren Arbeitnehmern eine Altersvorsorge in Form einer sogenannten Entgeltumwandlung an. Diese Altersvorsorge besteht dann in einer privaten Rentenversicherung oft verbunden mit einer Berufsunfähigkeitsversicherung. Sie ist steuerlich begünstigt.

Hierzu schließen die Arbeitnehmer mit einer Versicherung einen Rentenversicherungsvertrag ab. Dieser wird dann vom Arbeitgeber bezuschusst. Beim Abschluss einer Rentenversicherung spielen für die Prämie und die Leistung der Versicherung das Alter und der Gesundheitszustand bei Eintritt des Arbeitnehmers eine wichtige Rolle. Als Pauschalaussage kann gesagt werden, dass die Versicherung umso günstiger ist, je jünger und gesünder die zu versichernde Person bei Eintritt in den Vertrag ist.

Im Rahmen ihrer Kampagnen zur Gewinnung von Mitarbeitern setzt die LHM verstärkt auch auf die Gewinnung älterer Mitarbeiter, was wir ausdrücklich begrüßen.

Kommen diese Mitarbeiter von einem anderen Arbeitgeber und haben sie bereits eine Lebensversicherung im Rahmen der Entgeltumwandlung, so wird diese von der LHM nicht fortgeführt. Es wird darauf verwiesen, dass die LHM mit einem eigenen Anbieter kooperiere und der neue Arbeitnehmer dort einen neuen Vertrag zu schließen habe. Dies führt i.d.R. zu erheblich schlechteren Konditionen für den neuen Arbeitnehmer.

Es ist im Sinne der Attraktivität der LHM als Arbeitgeber vor allem auch für ältere Menschen, dass diese ihre Verträge vom Altarbeitgeber „mitnehmen“ können. Deshalb sollte die gängige Praxis der Stadtverwaltung umgehend geändert werden.

gez.
Dr. Michael Mattar
Fraktionsvorsitzender

gez.
Dr. Jörg Hoffmann
Ea. Stadtrat

0001